

800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonntag und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
Anrufzeit: Tonband

# Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (PI) 53, Rathaus 3, Stiege 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,  
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,  
oder Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 22. Juni 1987

Blatt 1316

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Politik:

Städtebund protestiert gegen neues Grunderwerbssteuergesetz (1323)

### Kommunal/Lokal:

Goldener Rathausmann für Professor Rappaport (1317/FS: 19.6.)

65. Geburtstag von Alfred Auer (1317/FS: 20.6.)

Stacher: Suchtgiftkonferenz ist unmißverständliches Signal (1319/FS: 20.6.)

Im Herbst weitere Selbstschutzkurse (1320/FS: 21.6.)

Ottakringer Huberpark wird am Freitag eröffnet (1321)

„Fahrten ins Grüne“ (1322)

Wiener Gemeinderat (1324-1335)

Wiener Landtag (1335/1336)

Straßenabspernung im 7. Bezirk (nur FS/19.6.)

Mit dem Moped in Garage der Verkehrsbetriebe (nur FS)

Verbesserung einer Verkehrsampel in Ottakring (nur FS)

### Bezirke:

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing (1318/FS: 20.6.)

### Kultur:

Isisbrunnen in der Josefstadt wiedereröffnet (1318/FS: 20.6.)



## Goldener Rathausmann für Professor Rappaport

Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) Den Goldenen Rathausmann überreichte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in Vertretung des Bürgermeisters am Freitag an Prof. Dr. Henry RAPPAPORT. Dieser ist ein international anerkannter Fachmann auf dem Gebiet der Hämatopathologie, der jetzt in den USA lebt. Die Überreichung erfolgte anlässlich der Verleihung des Goldenen Doktordiploms der Medizinischen Fakultät. Stadtrat Stacher betonte in diesem Zusammenhang, die Auszeichnung der Stadt Wien beweise, wie wichtig für uns die Wissenschaftler sind, die Wien in einer Zeit, als Österreich seine Freiheit verloren hatte, die Stadt aus politischen Gründen verlassen mußten, und wie stolz sie darauf ist, daß diese den Kontakt zu dieser Stadt weiter aufrechterhalten. (Schluß) and/rr

---

Bereits am 19. Juni 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## 65. Geburtstag von Alfred Auer

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Alfred Auer wurde am 28. Juni 1922 in Wien geboren. Er ist Absolvent der Gartenbaumittelschule Eisgrub.

Am 5. August 1943 trat er seinen Dienst beim Wiener Stadtgartenamt an. Er fungierte zunächst als Leiter des gartentechnischen Referates, 1950 wurde er Stadtgartendirektor. Zwischen 1945 und 1950 bemühte sich Auer erfolgreich um die Wiederinstandsetzung der zerstörten Grünflächen Wiens. Bis 1965 entstanden 5 Millionen Quadratmeter Grünflächen nach seinen Entwürfen, 1963 arbeitete er das Grünflächenkonzept von Djakarta aus, 1964 führte er die Planung und künstlerische Leitung der WIG durch. Seit 1969 ist er auch Kurdirektor des Kurzentrums Oberlaa. 1974 war er der Hauptverantwortliche für die WIG 74; aus diesem Anlaß erschien auch sein Buch „Wien und seine Gärten“.

Im März 1975 wurde er von der MA 42 auf unbestimmte Zeit karenziert, um seiner Aufgabe als Geschäftsführer der Heilquelle Oberlaa Kurbetriebe Ges.m.b.H. voll nachkommen zu können. (Schluß) red/gg

---

Bereits am 20. Juni 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!



## **Isisbrunnen in der Josefstadt wiedereröffnet**

Wien, 20.6. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA hat den Isisbrunnen auf dem Albertplatz im 8. Bezirk wiedereröffnet.

Der Brunnen, der große Bedeutung für das örtliche Stadtbild hat, stammt aus dem Jahr 1833. Er ist der einzige gußeiserne Brunnen Wiens und besteht aus einem achteckigen, blumengeschmückten Becken, in dem sich auf viereckigem Sockel die Statue der Göttin Isis erhebt. Der Brunnen wurde nun in halbjähriger Arbeit mit Sandstrahl gereinigt und im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt mit einem mehrfarbigen Anstrich versehen. (Schluß) gab/gg

---

Bereits am 20. Juni 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing**

Wien, 20.6. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 24. Juni, findet um 15.30 Uhr im Festsaal des Amtshauses 13, Hietzinger Kai 1-3, 1. Stiege, 2. Stock eine außerordentliche Sitzung der Hietzinger Bezirksvertretung statt. (Schluß) sti/gg

---

Bereits am 20. Juni 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!



**Stacher: Suchtgiftkonferenz ist unmißverständliches Signal**  
**Stets die Sucht und nicht den Süchtigen bekämpfen**

Bereits am 20. Juni 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Ein unmißverständliches Signal solle die jetzt in Wien stattfindende Suchtgiftkonferenz der Vereinten Nationen setzen. Vorrangiges Ziel müsse stets sein, die Sucht und nicht den Süchtigen zu bekämpfen. Das forderte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag abend bei einem Empfang für die Teilnehmer an dieser Konferenz, bei dem er die Veranstaltungsteilnehmer in Vertretung des Bürgermeisters begrüßte. Stacher unterstrich in diesem Zusammenhang, daß Wien ein gut ausgebautes Netz an Therapieeinrichtungen besitzt. Die Abhängigkeit von illegalen Drogen liege in der Bundeshauptstadt hinter Alkohol und Medikamenten erst an dritter Stelle der Suchten. Für die Zukunft werde es wichtig sein, die Aufklärung zu forcieren. Sie sollte jedenfalls Vorrang vor einer Bestrafung abhängiger Menschen haben. Die Härte einer Strafe solle jedoch jene unnachsichtig treffen, die Geschäfte zulasten der Gesundheit und des Lebens machen, forderte der Gesundheitsstadtrat. Aufklärung sei ohne Zweifel nicht nur Sache der öffentlichen Stellen, sondern jedenfalls gleichermaßen verpflichtend für Eltern und Lehrer, Ärzte und Sozialarbeiter. (Schluß) and/rr



## **Im Herbst weitere Selbstschutzkurse**

**Jetzt Adresse bekanntgeben - Informationen folgen**

Wien, 21.6. (RK-LOKAL) Die nächsten Selbstschutzkurse sind ab Herbst im 2., 5., 6. beziehungsweise 7. und im 21. Bezirk geplant. Im Frühjahrssemester 1988 der Volkshochschulen gibt es weitere Kurse im 4., 11., 14. und 20. Bezirk. Wer jetzt seinen Namen und seine Anschrift elektronisch speichern läßt, erhält jeweils aktuelle Unterlagen per Post. Eine entsprechende Bestell-Postkarte sendet die Stadtinformation (Telefon 43 89 89) gerne zu.

Die beiden nächsten zentralen Selbstschutzberatungen finden am 2. Juli und am 6. August, das ist jeweils Donnerstag, von 15.30 bis 18 Uhr in der Schmidthalle des Rathauses (bei der Stadtinformation) statt. (Schluß) and/rr

---

Bereits am 21. Juni 1987  
über Fernschreiber ausgesendet!



## **Ottakringer Huberpark wird am Freitag eröffnet**

### **Neue Grünfläche im Stadterneuerungsgebiet**

Wien, 22.6. (RK-LOKAL) Der Huberpark, eine neue, 4.200 Quadratmeter große Grünfläche im Stadterneuerungsgebiet Ottakring, ist nun fertig. Stadtrat Helmut BRAUN und Bezirksvorsteher Alfred BARTON werden den neuen Park in der Hubergasse 15 am kommenden Freitag, dem 26. Juni, um 10 Uhr eröffnen.

Die neue Erholungsfläche entstand an der Stelle des 1985 abgebrochenen Hauses Hubergasse 15. Gemeinsam mit den Anrainern, der Bezirksvorsteherung Ottakring und der Gebietsbetreuung des Stadterneuerungsgebietes hat das Stadtgartenamt um 2,8 Millionen Schilling den neuen Park gestaltet. Die schon früher vorhandenen alten Bäume blieben erhalten; neue Laub- und Nadelbäume und Sträucher kamen dazu. Für die Kleinen steht ein Kinderspielplatz zur Verfügung, Grillplatz und Trinkbrunnen sind ebenfalls vorhanden.

Zur Eröffnung der neuen Parkanlage wird es den ganzen Tag hindurch ein Parkfest geben: Um 9.30 Uhr beginnt's mit Blasmusik, um 10 Uhr wird der Park eröffnet, ab 13 Uhr stehen das Kabarett „Trittbrettl“, später der Kasperlbus, ein Kindertheater, Vorführungen einer Türkischen Volkstanzgruppe und weitere Attraktionen auf dem Programm. Auch Radio Wien wird von 15 bis 16 Uhr live vom Parkfest im Huberpark berichten. (Schluß)  
hrs/rr



## „Fahrten ins Grüne“

### Aktion im Rahmen der Seniorenbetreuung

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Auch heuer gibt es im Rahmen der Seniorenbetreuung der Stadt Wien im Juli und August wieder kostenlose „Fahrten ins Grüne“ für Pensionisten und Dauersozialhilfebezieher aus den Bezirken 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9.

Ziel dieser Aktion ist es, Menschen aus grünarmen Bezirken die Möglichkeit zu Ausflügen in die am Stadtrand gelegenen Erholungsgebiete zu geben. Die „Fahrten ins Grüne“ finden Montag bis Freitag, jeweils von 13.30 bis 18 Uhr, per Autobus statt. Karten für diese Aktion gibt es im zuständigen Sozialreferat.

Bereits in den Vorjahren ausgestellte Teilnehmerkarten für die „Fahrten ins Grüne“, deren Ausflugsziele in einem Umkreis von 30 bis 40 km rund um Wien führen, behalten auch 1987 ihre Gültigkeit. Die Betreuung der Fahrtteilnehmer erfolgt durch geschultes Begleitpersonal.

Die Abfahrtsstellen für die „Fahrten ins Grüne“ sind für den

- 1. Bezirk: 1, Schwertgasse/Ecke Wipplingerstraße
- 4. Bezirk: 4, Favoritenstraße 18
- 5. Bezirk: 5, Rechte Wienzeile 107
- 6. Bezirk: 6, Amerlingstraße 11
- 7. Bezirk: 7, Hermannngasse 24
- 8. Bezirk: 8, Schlesinger Platz 4
- 9. Bezirk: 9, Währinger Straße 43.

(Schluß) jel/gg



## **Städtebund protestiert gegen neues Grunderwerbssteuergesetz**

**Zilk-Brief an alle Abgeordneten zum Nationalrat**

Wien, 22.6. (RK-POLITIK) In einem Brief an alle Abgeordneten zum Nationalrat protestieren der Präsident und der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Reinhold SUTTNER, schärfstens gegen das Grunderwerbssteuergesetz 1987, das nunmehr im Nationalrat beschlossen werden soll. Kritisiert wird der neue Steuersatz von 3,5 Prozent, der zu einem jährlichen Einnahmenverlust der Gemeinden von ca. 900 Millionen Schilling führen würde (die Gemeinden sind am Ertrag dieser Steuer zu 96 Prozent beteiligt und erhielten 1986 daraus 2,6 Milliarden Schilling). Um Aufkommensneutralität zu erreichen, müßte laut Städtebund der neue Steuersatz bei mindestens 4,6 Prozent liegen.

Die Zustimmung zu dem neuen Gesetz wäre — so heißt es in dem Protestbrief — eine „Verletzung der Verpflichtung des § 5 des Finanzausgleichsgesetzes 1985“, demzufolge vor steuerpolitischen Maßnahmen, die mit einem Steuerausfall verbunden sind, mit den betroffenen Gebietskörperschaften Verhandlungen zu führen sind. „Der Österreichische Städtebund sieht sich daher veranlaßt, namens der von ihm vertretenen Gemeinden das Bedauern über dieses Vorhaben auszudrücken und gegen die erneute Schmälerung ihrer Existenzgrundlage schärfsten Protest zu erheben. Er appelliert an die Damen und Herren Abgeordneten, die Gesetzesvorlage noch einmal zu überdenken und ihn in seinem Bemühen um Aufrechterhaltung und Verteidigung der verfassungsrechtlich gewährleisteten Gemeindeautonomie zu unterstützen, der ohne Sicherung einer ausreichenden finanziellen Grundausstattung der Gemeinden nur ein sehr geringer Stellenwert zukommt“, schreiben Zilk und Suttner abschließend. (Schluß)  
chr/gg



## Wiener Gemeinderat

### Fragestunde

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP), welchen Einfluß die Ergebnisse der kürzlichen Klausur der Bundesregierung auf den möglichen Baubeginn der Staustufe Wien haben, sagte Bürgermeister Dr. ZILK, daß diese Klausur weder unmittelbare noch mittelbare Einflüsse hat. Zunächst sind alle Voraussetzungen zu schaffen, die Ergebnisse des Wettbewerbs sowie verschiedene Gutachten abzuwarten, bevor diese Frage der Bevölkerung zur Entscheidung vorgelegt wird, sagte Zilk.

Auf die Fragen, welche Art der Befragung vorgesehen sowie welcher Zeitpunkt dafür in Aussicht genommen wird, sagte Zilk, daß dies geprüft und erst nach Vorliegen aller Voraussetzungen entschieden wird. Wahrscheinlicher Termin für die Befragung ist 1988, sagte Zilk.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. MAIER (ÖVP), ob er sich dazu bekenne, die Ergebnisse von öffentlichen Stellenausschreibungen im Bereich der Stadt Wien grundsätzlich einzuhalten, sagte Bürgermeister Dr. ZILK, daß diese Ergebnisse selbstverständlich einzuhalten sind, darüberhinaus aber die jeweiligen Stellen mit den besten Personen zu besetzen sind.

Auf die ZUSATZFRAGE von Dr. MAIER, welche Qualifikation der neue Flughafendirektor erbringe, sagte Dr. Zilk, daß Dr. KOTRBA die beste Besetzung sei. Er war seit 13 Jahren Leiter eines gewinnbringenden Unternehmens, ist Jurist, Absolvent eines Lehrgangs für internationales Luftfahrtrecht und verfügt über entsprechende Fremdsprachenkenntnisse.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Schritte unternommen werden, um die unlautere Konkurrenzierung der gemeindeeigenen Firma Odelga durch die hochsubventionierte verstaatlichte VEW zu unterbinden, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß Verhandlungen über eine Produktionsabgrenzung derzeit unterbrochen sind, da seitens der VEW kein Verhandlungspartner bestehe. Es seien aber Versuche unternommen worden, auf Ebene der Eigentümer zu einer Klärung der Frage zu kommen. Bisher allerdings ist es zu keiner Entscheidung gekommen, erklärte Mayr.

Die VIERTE ANFRAGE von GR. GUTMANNSSBAUER (SPÖ) betraf die Auswirkungen der schwierigen Situation der österreichischen Bauwirtschaft auf die Wiener Bauwirtschaft. Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) stellte fest, daß die Wiener Bauwirtschaft 1986 im Gegensatz zur österreichweiten Entwicklung eine nominelle Steigerung von 14,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnen konnte. Trotzdem sei die Strukturanpassungskrise, die 1970 eingesetzt habe, nur teilweise überwunden. Die größte Steigerung mit rund 100 Prozent verzeichnete in Wien der Tiefbau. Es werde überlegt, ob Maßnahmen zur Preisdämpfung gesetzt werden müßten. Nach Auskunft der Stadtbaudirektion sei es derzeit vielfach notwendig, Ausschreibungen zu wiederholen, da sich zu wenig Firmen daran beteiligten. Es sei zu hoffen, daß diese Situation bald von der Bauwirtschaft durch Kapazitätsausweitungen verbessert werde, sagte Mayr. Durch die beabsichtigte Verlängerung der Wohnbauförderung seien auch im Wohnbau wesentliche Verbesserungen zu erwarten. Da aus terminlichen Gründen die entsprechende Änderung des Bundesgesetzes erst im Herbst durchgeführt werden könne, werde derzeit in Absprache mit dem Verfassungsdienst überlegt, vorübergehend dem neuen Verfassungsgesetz über die Wohnbauförderung als Landesgesetz Gültigkeit einzuräumen, bis entsprechende Ländergesetze erlassen werden können.



In der FÜNFTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. PFANNENSTIEL (SPÖ) über Maßnahmen gegen die Lärmbelastigungen, die durch die Eröffnung der Vorortelinie notwendig geworden seien. Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) erklärte, daß mit den österreichischen Bundesbahnen schon 1985 entsprechende Maßnahmen erörtert wurden. Da die Errichtung von Lärmschutzwänden nicht möglich war, einigte man sich auf den Einbau von Schallschutzfenstern, wobei Wien 20 Prozent der Kosten zu tragen hätte. Ein entsprechendes Gutachten über jene Objekte, die besonders dem Lärm ausgesetzt sind, liege vor. Im März 1987 haben die ÖBB jedoch die ursprüngliche Zustimmung mit der Begründung zurückgezogen, über keine gesetzlichen Grundlagen für diese Investition zu verfügen. Die versprochene Gesetzesänderung, die die Durchführung der Lärmschutzmaßnahmen ermögliche, lasse jedoch noch auf sich warten.

Die SECHSTE ANFRAGE stellte GR. DAMPIER (SPÖ): Wie sind die bisherigen Ergebnisse der Müllsortierung in der neuen Anlage bei der Deponie Rautenweg? Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ) erklärte, daß seit der Übernahme der Anlage im Dezember 1986 Müll angeliefert und sortiert werde. Aus dem angelieferten Gewerbe- und Sperrmüll wurden allein von Jänner bis Mai 1987 90 Tonnen Problemstoffe aussortiert. Durch das Aussortieren konnten 5.500 Kubikmeter Deponieraum eingespart werden.

Auf eine ZUSATZFRAGE erklärte BRAUN, daß diese Ergebnisse zwar zufriedenstellend seien, aber das Interesse von privaten Gewerbe- und Industriefirmen an wiederverwertbaren Rohmaterialien noch zu wünschen übrig lasse.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. DALLER (SPÖ), erklärte Stadtrat BRAUN (SPÖ), daß die Zusammensetzung des Mülls, der in Sperrmüllmulden in den Stadtrandsiedlungen gesammelt wird, durch die Eingangskontrollen und die Aussortierung bekannt sei. Durch die Aussortierung bestehe die Möglichkeit, die Problemstoffe auszusondern, darüber hinaus habe man der Bevölkerung zahlreiche Möglichkeiten anzubieten, Sondermüll zu entsorgen. Wie ein Beispiel im 22. Bezirk zeige, werde aber teilweise auch Mißbrauch in Form rücksichtsloser Ablagerungen in der Nähe von Sperrmüllcontainern getrieben. An einem flächendeckenden Angebot an Sperrmüllmulden werde gearbeitet.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Budgetmittel für die Sanierung des Ronachers zur Verfügung gestellt werden, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), es sei nicht sinnvoll darüber vor dem Abschluß des Wettbewerbes und bei noch nicht feststehenden Baukosten zu diskutieren. Sicherlich aber müßten die Wünsche zum Beispiel hinsichtlich einer Probebühne an Hand einer Wirtschaftlichkeitsrechnung und im Zusammenhang mit den beiden anderen Theatern auf ein realistisches Ausmaß beschnitten werden.

Die Bettenauslastung der Wiener Hotellerie, erklärte Vizebürgermeister MAYR, auf die NEUNTE ANFRAGE von Gr. LANGHAMMER (ÖVP), habe im Fremdenverkehrsjahr 1985/86 durchschnittlich 46,2 Prozent betragen. Im einzelnen seien die Fünfsterne- und Viersterne-Hotels zu 49,6 Prozent, die Dreisterne-Kategorie zu 48,8 Prozent und die Zwei- und Einsternebetriebe zu 34,2 Prozent ausgelastet gewesen. Österreichweit habe die Auslastung 27,6 Prozent betragen. Der Mai 1987 habe gegenüber dem Mai 1986 und 1985 eine positive Entwicklung genommen, so seien die Übernachtungen von US-Urlaubern in Wien im Mai 1987 gegenüber dem Mai 1986 um 43 Prozent gestiegen. Auch der Preisrückgang werde eine langfristig positive Entwicklung zeitigen.

Ende der Fragestunde.

Forts. von Blatt 1324

Forts. auf Blatt 1326



### Rechnungsabschluß - Generaldebatte

In seiner Rede zum Rechnungsabschluß 1986 stellte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) fest, daß die Einnahmen 76,3 Milliarden und die Ausgaben 82 Milliarden Schilling ausmachen. Die Einnahmen erhöhten sich dank vorsichtiger Voranschlagspolitik und relativ guter Wirtschaftsentwicklung mehr als die Ausgaben, sodaß der Abgang um eine halbe Milliarde geringer als präliminiert ausfiel. Mehreinnahmen gab es bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, bei den eigenen Steuern und Abgaben und anderen. Überschreitungen der vorgesehenen Ausgaben gab es beim eigenen Schuldendienst durch Rückzahlung von ungünstigen Krediten, beim Schuldendienst für Dritte, durch die Aufstockung der Rücklagen der Stadt Wien und durch die Bewältigung des Vortrags aus dem Jahre 1985, somit nur auf finanzpolitischem und finanztechnischem Gebiet, erläuterte der Vizebürgermeister. Der Schuldenstand blieb im wesentlichen stabil. Ziel des städtischen Finanzmanagements sei es, sagte Mayr, die günstigste Finanzierungsform für die Stadt Wien zu erhalten.

Gegenüber 1985 konnten die Investitionen stark ausgeweitet werden, betonte Mayr. Diese vermehrte Investitionstätigkeit sei ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Wien und für das ganze Land. Bei den staatlichen Investitions- und Strukturprogrammen müsse sichergestellt sein, daß diese Programme wirtschaftlichst durchgeführt werden, daß sie zu Strukturveränderungen und nicht zu einer Strukturkonservierung führen und daß in Zeiten der Hochkonjunktur die Gebietskörperschaften ihre Ausgaben einzuschränken und Schulden abzubauen haben. Mayr unterstrich die Bedeutung langfristig orientierter Investitions- und Modernisierungsprogramme, zu denen Umweltschutzinvestitionen ebenso gehören wie auch der Bau der U-Bahn und von Spitälern.

Von allen Bundesländern Österreichs habe Wien im Jahr 1986 das höchste Wirtschaftswachstum gehabt. Das gehe aus einem Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes hervor, wobei der Schwerpunkt in Wien vor allem beim U-Bahn-Bau lag. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Arbeitsplätze überdurchschnittlich an. Und die positive Wanderungsbilanz habe auch eine Verjüngungswirkung für die Bevölkerung der Stadt.

Ergänzend berichtete Mayr über das positive Wirtschaftsergebnis der Wiener Holding mit mehr als 30 Tochtergesellschaften, die 6.000 Mitarbeiter beschäftigt und im Jahr 1986 einen Gewinn von 40 Millionen erzielte. Er sehe weder politisch noch wirtschaftlich einen Grund, Holding-Betriebe zu privatisieren, erklärte Mayr. Er warnte davor, einem Privaten Betriebe mit Monopolstellung zu übertragen und dabei zu erwarten, daß dieser seine Funktion anders als zum eigenen Vorteil nutzen werde. Der Vizebürgermeister spielte damit auf die Forderung nach einer Privatisierung der E-Werke an.

Zum Fremdenverkehr merkte Mayr an, daß die Strategie der Risikostreuung im Jahr 1986 ihre Bewährungsprobe bestanden habe. Der Ausfall bei den Amerikanern habe durch Steigerungen aus anderen Ländern kompensiert werden können. Die Chancen Wiens in der internationalen Konkurrenz des Städtetourismus bewertete Mayr als gut.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) zeigte sich besorgt um die Wiener Finanzen: Die Investitionen seien um 600 Millionen Schilling unter dem Voranschlag zurückgeblieben, das Rekorddefizit betrage 5,7 Milliarden Schilling. Wie bei der finanziellen Lage des Bundes und auch Wiens Projekte wie die Weltausstellung oder der Zentralbahnhof zu finanzieren wären, sei nicht klar. Die nunmehr auf 6 Milliarden angewachsenen Rücklagen im Wohnbereich zeigen hingegen das Unvermögen, mit den derzeitigen Strukturen Stadterneuerung zu betreiben. Hirnschall kritisierte den Verlust industrieller Arbeitsplätze in Wien und die Innovationschwäche der Wiener Wirtschaft. Auch die Beseitigung behördlicher Hemmnisse im Dienstlei-

Forts. von Blatt 1325

Forts. auf Blatt 1327



stungsbereich wie etwa die Änderung der derzeitigen Ladenschlußzeiten lasse auf sich warten. Im Spitalswesen sei die Limitierung von Privatbetten unverständlich, da diese zu einer Kostenverbesserung im Spitalswesen beitragen könnten. Generell sei gerade auf diesem Gebiet keine Verbesserung der Kostenstruktur zu sehen. Schließlich forderte Hirnschall auch im Bereich der Stadt Wien die Privatisierung von Firmen, die mit dem kommunalen Versorgungsauftrag nichts zu tun hätten. Hier sei ein geordneter Rückzug angebracht. Dem Rechnungsabschluß 1986 könne die FPÖ aus den genannten Gründen nicht zustimmen.

GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) kritisierte, daß der tatsächliche Schuldenstand per 31.12.1986 53,7 Milliarden Schilling betrage und sich aus den Finanz- und den Verwaltungsschulden zusammensetze. Vizebürgermeister Mayr habe daher nur einen eingeschränkten Bericht über den Rechnungsabschluß gebracht. Es erhebe sich daher die Frage, ob Mayr den Gesamtschuldenstand künftig präziser berichten werde und ob das Kontrollamt den Begriff des Gesamtschuldenstandes klarer definieren sollte. Es sei in besseren Zeiten zu wenig gespart worden, um eine antizyklische Budgetpolitik finanzieren zu können. Zudem liege sehr viel Geld brach und sei den Rücklagen zugewiesen worden, kritisierte Wöber. Vielmehr seien nun Investitionen notwendig, etwa im Bereich der Stadterneuerung. Hier sei das Regierungsprogramm von Bürgermeister Dr. Zilk nicht erfüllt worden. Drei Milliarden Schilling Sonderrücklagen, schleppende Bürokratie und eine verzögerte Grundstückspolitik würden einen Nachholbedarf, eine „Zweite Stadterneuerungs-Offensive“ notwendig machen. Die Konjunktur werde sich 1987 weiter abschwächen, sagte Wöber. Die wirtschaftliche Dynamik sei im Westen Österreichs stärker, und Wien habe in den letzten fünf Jahren die größten Arbeitsplatzverluste hinnehmen müssen. Daher sei der Rechnungsabschluß ein Zeichen und Anlaß für einen „SOS-Ruf“, um neue Initiativen einer engagierten Stadtverwaltung zu veranlassen.

Dem Versuch der ÖVP, bedingungslos auf den Privatisierungszug nach ausländischem Vorbild aufzuspringen, werde die Wiener SPÖ vehement entgegentreten, erklärte GR. Dr. SWOBODA (SPÖ). Eine Zweidrittel- oder gar Eindrittelgesellschaft müsse mit aller Kraft verhindert werden. Für eine Privatisierung in größerem als geplantem Ausmaß bestehe kein Anlaß, vielmehr müsse die Politik den veränderten Zeit-, Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen angepaßt werden. Ein wirksames Instrumentarium sehe er in der Ausweitung der Dezentralisierung wie beispielsweise im Bereich der Verwaltung der städtischen Wohnhäuser und in der Aufwertung der Bezirke, sagte Swoboda. Ein Verkauf der Gemeindebauten, wie dies die ÖVP verlangt, ginge ausnahmslos auf Kosten der sozial Schwachen. Im Gesundheitsbereich habe sich die Ergänzung der Verwaltung durch Selbsthilfegruppen, wie sie bereits in Wien erfolgreich arbeiten, sehr positiv ausgewirkt. In der Wirtschaft sei ebenfalls nicht die Privatisierung vorrangig, sondern die Schaffung günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

In Wien werde auch in Zukunft die bereits eingeschlagene Politik fortgesetzt: Forcierung der Stadterneuerung, Bewältigung der Umwelt- und Verkehrsprobleme sowie weitere Maßnahmen zur Hebung der Lebensqualität. Es sei der ÖVP unbelassen, einen Privatisierungswahlkampf zu führen, seine Fraktion werde sehr deutlich auf die in Zukunft notwendigen Maßnahmen — basierend auf den Leistungen der Vergangenheit — aufmerksam machen. Abschließend verwies Swoboda auf die 1986 sehr positive wirtschaftliche Entwicklung, die sowohl auf die gelungene Wirtschaftspolitik der Wiener Sozialisten als auch auf die Anstrengung Aller zurückzuführen sei. Aus diesem Grund werde seine Fraktion dem Rechnungsabschluß zustimmen — und auch in den nächsten Jahren die Arbeit nach den gleichen sozialen Grundsätzen unter Anpassung an geänderte Bedingun-

Forts. von Blatt 1326

Forts. auf Blatt 1328



gen weiterführen.

Die Abwicklung der Wohnbauförderung und Wohnbausanierung in Wien sei einer der vielen Kritikpunkte, deretwegen die ÖVP den Rechnungsabschluß 1986 ablehne, erklärte GR. HAHN (ÖVP). So bestehe nach wie vor das Problem der Rücklagen im Wohnbaubereich, die 1984 940 Millionen, 1985 1.670 Millionen und 1986 3.590 Millionen betragen hätten. Während die Bauwirtschaft über die schwierige Lage klage, gebe es steigende Rücklagen, führte Hahn aus. Man müsse ein neues System überdenken, um sowohl der Bauwirtschaft als auch den Wohnungswerbern Rechnung zu tragen und Bauarbeitslosigkeit und zunehmende Schwarzarbeit zu verhindern. Offensichtlich sei eine bessere und lebendigere Architektur zu angemessenen Gesamtbaukosten nicht mehr finanzierbar, was auch mehrere Konkurse in der Baubranche im Zusammenhang mit Neubauvorhaben gezeigt hätten. Hahn brachte einen RESOLUTIONSANTRAG für eine Enquete zur Frage der Ausschreibungen im Baubereich ein. Auch im Bereich der Stadterneuerung liege vieles im Argen. Man werde Schwerpunkte setzen müssen und die politische Koordination zwischen Finanzstadtrat, Planungsstadtrat und Wohnbaustadtrat unkomplizierter gestalten müssen. Eine bedauerliche Entwicklung, erklärte Hahn, zeichne sich auf dem Sektor der Eigentumswohnungen, die zunehmend unerschwinglicher werden, ab. Auch bei der Rücklage nach der Parkometerabgabe gebe es Probleme, die durch fehlende Garagenkonzepte beziehungsweise nicht durchgeführte Garagenbauvorhaben verursacht werden. Die Parkplatzsituation im innerstädtischen Bereich werde zunehmend prekär. Ein weiteres negatives Beispiel sei die Abwicklung des Wasserwirtschaftsfonds, der 1986 439 Millionen Schilling veranschlagt, aber nur 202 Millionen abgerechnet habe. Erschwert werde die Arbeit des Wasserwirtschaftsfonds durch die Zusammenlegung mit dem Umweltfonds.

Ein Desaster zeichne sich aufgrund des neuen Meldegesetzes auch für die Finanzausgleichsverhandlungen ab, sagte Hahn. Die Stadt Wien werde aufgrund der ungeklärten Frage des ordentlichen Wohnsitzes Einnahmeverminderungen zu verzeichnen haben. Abschließend kritisierte Hahn die ungeklärten Fragen der Neugestaltung des Donauraumes, des Zentralbahnhofes und der Weltausstellung 1996.

GR. EDER (SPÖ) beleuchtete die Ursachen der positiven Konjunktorentwicklung im vergangenen Jahr und erläuterte, daß entscheidende Impulse von Handel und Bauwirtschaft ausgegangen seien. Zum Thema Ladenschluß erklärte Eder, die Handelsangestellten würden der Diskussion um eine Änderung der Ladenschlußzeiten positiver gegenüberstehen, wären bereits bisher alle Vereinbarungen eingehalten worden. Umsatz eines Betriebes und Öffnungszeiten in unmittelbarem Konnex zu bringen, entspreche nicht den Tatsachen. Was den Arbeitsmarkt betrifft, sei die Arbeitslosenzahl im übrigen Österreich deutlich stärker als in Wien gestiegen, doch seien in Wien besonders viele Jugendliche betroffen. Nicht zuletzt sei dies darauf zurückzuführen, daß Betriebe nur ausgebildete Mitarbeiter aufnehmen wollen und nicht bereit sind, junge Mitarbeiter selbst auszubilden. Die mangelnde praktische Ausbildung sei der Grund für die Jugendarbeitslosigkeit. Auch haben die Unternehmen auf die Wirtschaftsbelebung nicht durch zusätzliche Personaleinstellungen reagiert, sondern Rationalisierungen vorgezogen. Die Stadt Wien werde Arbeitsplätze für Jugendliche Arbeitslose zu schaffen haben.

Eder wies den Vorwurf überhöhter Gebühren und Tarife in Wien zurück. So werde durch die Einnahmen aus der Wassergebühr sichergestellt, daß Wien nahezu vollständig mit Hochquellenwasser versorgt werden könne.

Der ÖVP warf Eder Konzeptlosigkeit hinsichtlich der Pläne für die Zukunft vor und warnte auch, die Privatisierung öffentlichen Eigentums fälschlich als Gewinn für den Steuerzahler darzustellen. Vielmehr bedeute die Privatisierung Abgabe des Eigentums der Österreicher.

Forts. von Blatt 1327

Forts. auf Blatt 1329



GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) sprach sich für verstärkte Privatisierungsbemühungen auch im Bereich der Stadt Wien aus. Man müsse sich auch der Holdingdoktrin erinnern, die das kommunale Interesse zur Bedingung für Wirtschaftsbetriebe der Stadt Wien mache. Bei den derzeitigen Holdingbetrieben sei dieses Kriterium vielfach nicht gegeben. Maier kritisierte auch Schlamperei und Managementfehler im Bereich der Holding und nannte dabei verschiedene Betriebe wie die GEWISTA, die EKAZENT, die GUSTANA, Jugend & Volk und Augarten-Porzellan. Als konkreten Vorschlag für die Privatisierung führte er die Teilprivatisierung der Zentralsparkasse an, wo man etwa zu 50 Prozent an die Börse gehen könnte. Generell sollte die Stadt Wien, anstatt eigene Betriebe zu führen, besser die Gegebenheiten für das Wiener Wirtschaftsklima ändern und dieses den Erfordernissen der Zeit anpassen.

GR. SRAMEK (SPÖ) erklärte, daß Wien eines der wenigen Bundesländer ist, wo 1986 die Arbeitsplätze zunahmen.

Wien hält bei der vergleichsweise geringen Arbeitslosenrate von 4,8 Prozent. Einen besonderen Impuls für die Wiener Wirtschaft brachte der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds durch seine Informations- und Serviceleistungen. Ihm ist es zu verdanken, daß zwischen 1982 und 1986 177 Betriebe angesiedelt, 14.400 Arbeitsplätze dadurch geschaffen und 7,25 Milliarden Schilling investiert wurden. Wien sei der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in der Ost-Region. Bemerkenswert seien darüber hinaus, so Sramek, die enormen Zuwächse im Fremdenverkehr. Wien liege an der vierten Stelle im europäischen Städtetourismus und an der fünften Stelle beim Kongreß-Tourismus, schloß Sramek.

GR. Dr. GOLLER (ÖVP) erklärte, daß seine Fraktion dem Rechnungsabschluß nicht zustimmen könne. Ein Grund dafür seien die wesentlichen Abweichungen zwischen dem Voranschlag und dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1986. Daß es zu gewissen Abweichungen kommen könne, liege in der Natur der Planung, die Abweichungen müßten sich jedoch in vorhersehbaren und politisch vertretbaren Grenzen bewegen. Auch die Erläuterungen zum Rechnungsabschluß enthalten eine erhebliche Zahl von „No-Na-Erklärungen“ beziehungsweise falsche Begründungen, weshalb es zu Abweichungen kam. So wurden beispielsweise entgegen der Ankündigung von Bürgermeister Dr. Zilk die Ausgaben für den PID nicht reduziert, sondern angehoben.

Die Führung der öffentlichen Spitäler, erklärte Vizebürgermeister MAYR zum Debattenbeitrag von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) werde durch die Aufstockung von privaten Spitalsbetten nicht billiger. Man dürfe außerdem private Betten nicht additiv zu den Betten öffentlicher Spitäler sehen. Zwei Drittel der Spitalsausgaben liegen auf dem Personalsektor. Die Beschlüsse der Landesfinanzreferenten bezüglich einer Kostenreduktion bei der medizinischen Versorgung der österreichischen Bevölkerung beruhen nicht auf ideologisch motivierten Überlegungen, sondern seien als konkrete Schritte hinsichtlich der Schaffung eines finanziellen Verbundes bei der Gesundheitsversorgung zu sehen. Die Kostensenkung im Gesundheitsbereich sei ein Problem, das nur im Gesamtzusammenhang der medizinischen Versorgung überhaupt zu lösen sei. Zum Vorwurf von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) bezüglich einer unpräzisen Berichterstattung sagte Mayr, er lehne Diskussionen dieses Stils ab und werde sich weiter um eine vollinhaltliche Information bemühen. Zur Diskussion um die Parkometerabgabe merkte Mayr an, daß Milliardenbeträge für die Unterbringung von zwei Drittel der 600.000 Wiener Kraftfahrzeuge in Garagen erforderlich wären. Er könne der ÖVP-Argumentation auch in diesem Bereich schon aus rein finanztechnischen Gründen nicht folgen. Bezüglich des Meldegesetzes regte Mayr eine „Landesbürgerschaft“ an, die eine wesentliche Erleichterung bei der Frage des ordentlichen Wohnsitzes bringen könnte.

Forts. von Blatt 1328

Forts. auf Blatt 1330



Zur Privatisierungsdebatte sagte Mayr, daß unabhängig von den Eigentumsverhältnissen eines Betriebes hauptsächlich Managementfehler den Ausschlag für Fehlentwicklungen geben. Dies gelte für die Privatwirtschaft gleichermaßen wie für Verstaatlichte Betriebe.

Die Stadt Wien habe, unterstrich Mayr die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses 1986, wie auch schon in den Vorjahren entsprechend den Gegebenheiten gut und sparsam gewirtschaftet.

### **Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz**

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) meinte, bisher hätten sich Voranschlag und Rechnungsabschluß bei den Personalaufwendungen nur unwesentlich unterschieden. Doch nun strebe die Gewerkschaft einen Generalkollektivvertrag an, der mit einer Arbeitszeitverkürzung auch den öffentlichen Dienst betreffen soll. Daraus ergebe sich die Frage, wieviele zusätzliche Dienstposten zu schaffen sein werden, und vor allem welche Auswirkungen sich in den Spitälern zeigen werden, wo jetzt vielfach die 40-Stunden-Woche noch nicht eingeführt ist.

Außerdem stellte Hirnschall an die Personalstadträtin die Frage, welche Initiativen sie für die nächste Zeit hinsichtlich der Objektivierung der Postenvergabe anstrebe. Er befaßte sich schließlich noch mit der geplant gewesenen Delogierung des Stadtgartenamt-Mitarbeiters Urbancik, gegen den die Stadt Wien sowohl dienstrechtlich als auch bei der Staatsanwaltschaft Verfahren anstrebte. Obwohl die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Verleumdung der Stadt Wien zurückgelegt habe, befließigte sich die Stadtverwaltung einer unverständlichen Härte gegen den Beamten, der den Dienstweg nicht eingehalten habe. Das „Trauerspiel“ sollte endlich beendet werden, forderte Hirnschall.

GR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) wies auf die Leistungen der Wiener Gemeindebediensteten und generell auf den Nutzen des Berufsbeamtentums hin. Gerade in diesem Bereich sei es jedoch notwendig, jeder Verpolitisierung entgegenzuwirken. In Wien scheine hingegen noch immer die Einstellung in den Gemeindedienst im Zusammenhang mit dem entsprechenden Parteibuch zu stehen, was sich auch in entsprechenden Fragebögen manifestiere, in denen nach politischen Interessen gefragt werde. In diesem Zusammenhang stellte Engelmayer den ANTRAG, bei Aufnahmegesprächen in jedem Fall die Befragung nach der Parteizugehörigkeit zu unterlassen, die bestehenden Formblätter mit dieser Frage aus dem Verkehr zu ziehen und die Freiheit der politischen Meinung im Bereich der städtischen Verwaltung zu gewährleisten. In einem weiteren ANTRAG forderte Engelmayer die Einführung einer überparteilich zusammengesetzten Objektivierungskommission für Gemeindebedienstete nach dem Modell anderer Bundesländer und die Bindung der Vergabe leitender Positionen an ein Ausschreibungsverfahren.

Kritik äußerte Engelmayer auch am bestehenden Disziplinarrecht, das verfassungsrechtlich bedenklich sei. Zur Bekräftigung seiner Argumentation legte Engelmayer gemeinsam mit den ÖVP-Abgeordneten Mag. KAUER, GUNDACKER und HELMER sein Mandat als Mitglied der Disziplinarkommission zurück.

GR. Ing. HUBER (SPÖ) kritisierte an Hand der Personalpolitik des Landes Niederösterreich die ineffizienten Objektivierungsmaßnahmen des Nachbarbundeslandes. Ein Politisieren und Schlechtmachen des öffentlichen Dienstes lehne er ab, sagte Huber. Vielmehr sei gegenseitiges Verständnis erforderlich. Die Privatisierungsdiskussion habe allerdings Unruhe unter den öffentlich Bediensteten hervorgerufen, und er werte dies als Kampfansage an die sozialistischen Gewerkschafter. Eine generelle Privatisierung öffentlicher Dienste komme deswegen nicht in Frage, weil durch ihn viele wichtige, oft nicht gewinnbringende, aber sozial gerechtfertigte Aufgaben

Forts. von Blatt 1329

Forts. auf Blatt 1331



erbracht werden. Der öffentliche Dienst vermindere jenes Risiko, daß durch Alter, Krankheit oder Einkommensschwäche entstehen kann, erklärte Huber. Gerade in Wien gebe es viele Beispiele gut funktionierender und gewinnbringender Betriebe in öffentlicher Hand. Das Prinzip, Verluste zu verstaatlichen und Gewinne zu privatisieren, liege nicht im Interesse der Erhaltung und des Ausbaues des Wohlfahrtsstaates, schloß Huber.

Die Dezentralisierung habe auch in die EDV Einzug gehalten, stellte GR. Ing. WORM (ÖVP) fest. Die Stadt Wien verfüge mit der MD-ADV über eine gewaltige Anlage, die einem Neuwert von 1,5 Milliarden Schilling entspricht. Die Datenverarbeitung sei pyramidenförmig aufgebaut. Die Schwierigkeit liege darin, daß die einzelnen Ebenen wegen des Einsatzes verschiedenster Typen inkompatibel sind. Durch diesen „Typensalat“ sei die Gemeinde gezwungen, immer wieder neue Plattenkapazitäten anzukaufen, und er bewirke überdies den extrem hohen Personaleinsatz von 400 Bediensteten, weil die Wartungsarbeiten enormen Umfang angenommen haben. In absehbarer Zeit werde es daher notwendig sein, die gesamte MD-ADV zu sanieren, wobei die Kosten dafür enorm höher sein werden als die Kosten für die Sanierung der EBS.

Er begrüße eine von Sachwissen getragene Diskussion um die Ausstattung von Dienststellen der Stadt Wien mit Personalcomputern, erklärte GR. Mag. ZIMA (SPÖ). Es sei legitimes Recht der Politik, diese Sachfragen zu diskutieren. Zu dem Debattenbeitrag von GR. Ing. Worm entgegnete Zima, daß es sich bei dem Ankauf von 160 Personalcomputern nicht um einen Versuch zur Lösung von Speicherproblemen der MD-ADV, sondern um einen Probelauf zur Beseitigung des Programmrückstaus handle. So biete der Einsatz der PC möglicherweise Lösungen für Probleme der Stadt Wien, die sich im Personal- und Kapazitätsbereich manifestiert hätten. Ein Personalcomputer könne sowohl als eigenständiger Rechner als auch als Terminal im Verbund mit einem Zentralen Datensystem arbeiten und biete damit zwei völlig differente Verwendungsmöglichkeiten. Zima regte weitere Diskussionen um die EDV in zweckentsprechender Weise an.

GR. LEHNER (SPÖ) sagte, Taxis seien die Visitkarte einer Stadt. Durch eine Verordnung wurden die Voraussetzungen für eine einheitliche Ausstattung der Fahrzeuge und die Verpflichtung der Fahrer zu einem gepflegten Aussehen festgelegt. Der Nationalrat hat durch ein Gesetz die Landeshauptleute ermächtigt, Vorschriften für die Zahl von Fahrzeugen entsprechend der Zahl und Lage von Standplätzen zu erlassen. Die derzeitige Wiener Rechtslage sei ein Garant dafür, daß es in Zukunft zu keiner unkontrollierten Entwicklung bei den Taxis komme, und in Zukunft sei auch damit zu rechnen, daß selbst bei ungünstigen Voraussetzungen (z.B. schlechtes Wetter) ausreichend Taxis verfügbar sind. Lehner bekannte sich zum Vorrang für den öffentlichen Verkehr und unterstrich die Vorteile der bereits erreichten Verkehrsberuhigung etwa auch durch das Lkw-Nachfahrverbot. Weitere positive Auswirkungen sollen sich durch die Zonen mit Geschwindigkeitsbeschränkungen ergeben, die Bestandteil einer Novelle zur Straßenverkehrsordnung sein sollen, welche zur Beschlußfassung ansteht.

Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) nahm zu den Ausführungen ihrer Vordröner Stellung. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung sagte Seidl, daß diese im Bereich der Verwaltung durch Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung egalisiert werden könne, in anderen Bereichen sei die Situation schwieriger: So müsse man in den Spitälern daran denken, das Pflegepersonal von Arbeiten zu entbinden, die auch andere Bedienstete leisten können. Zur objektiven Postenvergabe sagte Seidl, daß die Aufnahmen nach objektiven Kriterien im Bereich der Stadt Wien gesichert sei. Der von GR. Ing. Engelmayer zitierte Fragebogen sei ihr und allen zuständigen Beamten unbekannt, der offizielle Fragebogen der MA 2 beinhalte selbstverständlich keine Fragen nach der Parteipräferenz. Sie sei jedoch bereit,

Forts. von Blatt 1330

Forts. auf Blatt 1332



gemeinsam mit der ÖVP ein Modell zur Reform der Postenvergabe zu diskutieren. Zum Fall von Ing. Urbancic sagte Seidl, daß dieses Verfahren aufgrund des komplizierten Sachverhaltes lange Zeit in Anspruch genommen habe. Im übrigen sei der Rechnungsabschluß kein geeignetes Forum, um diesen Fall zu diskutieren. Die Mandatsrücklegung der ÖVP-Gemeinderäte in den Disziplinarkommissionen nahm Seidl zur Kenntnis. Die entsprechenden Folgerungen müßten diskutiert werden. Abschließend dankte StR. Seidl allen Bediensteten der Stadt Wien für die von ihnen geleistete Arbeit.

### **Bildung, Jugend, Familie und Soziales**

Die Vergabe von Lehrerposten an öffentlichen Schulen in Wien kritisierte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Die Skepsis der FPÖ gegen die Bewerbungsbogen und das Objektivierungsmodell sei begründet gewesen, sagte Hirnschall. Die Objektivierung werde auf Ebene des Stadtschulrates unterlaufen. An der Praxis habe sich nichts geändert, alte Mißstände bestehen weiter. In einem Schreiben habe der Wiener Bürgermeister die Transparenz der Postenvergabe gegenüber der FPÖ zwar zugesichert, dennoch sei bei der Ausschreibung von vier leitenden Stellen ein Vierteljahr nach der Ankündigung der Objektivierung durch den Bürgermeister offensichtlich nicht viel verbessert worden. Es werde „Sand ins Getriebe“ der Objektivierung gestreut, und dies grenze an Sabotage, meinte Hirnschall.

Hirnschall verwies außerdem auf die Kritik der Ärzte am Fortbestand der Raucherzimmer in Schulen.

GR. PROCHASKA (ÖVP) kritisierte das Klima, welches wieder in das Landesjugendreferat Einzug gehalten habe. So seien einseitige Subventionsvergaben an SPÖ-nahe Organisationen wieder an der Tagesordnung, Projekte anderer Organisationen (Jungschar, Junge ÖVP usw.) werden durch bürokratische Schikanen abgewürgt oder erschwert. Diese Praxis entspreche nicht den hohen Ansprüchen von Bürgermeister Dr. Zilk, der das Jugendressort als erste Anlaufstelle mit Impulsgeberfunktion für alle bezeichnete. Der Redner kritisierte weiters die finanzielle Gebarung des Vereines für soziale Bildungsarbeit. Von Jänner bis August des vergangenen Jahres wurden keine Aufzeichnungen getätigt, es wurde jedoch um 4,7 Millionen Schilling mehr ausgegeben als geplant.

Einem vorliegenden Antrag zufolge benötigen die Jugendzentren weitere 20,3 Millionen Schilling zur Finanzierung. Diese Kostenexplosion sei auch auf die unkoordinierte Bautätigkeit beziehungsweise auf eine Explosion der Personalkosten, die bereits 63 Prozent des Gesamtaufwandes verschlingen, zurückzuführen. Gerade in diesem Bereich spreche der Kontrollamtsbericht Bände. Vor allem sei jedoch eine inhaltliche Kritik angebracht. Zu erwähnen seien hier, stellvertretend für viele Aktivitäten, die einseitige Propaganda für das Sandinisten-Regime in Nicaragua oder die Durchführung antifaschistischer Wochen ohne Einbeziehung der Situation der Menschen im Ostblock.

Abschließend meldete Prochaska Bedenken gegen einzelne Programmpunkte im Rahmen der Sexualitätswochen an.

Jugendarbeit und Jugendpolitik, erklärte GR. Margarete DUMSER (SPÖ) seien gleichrangig mit allen anderen Bereichen der Stadt zu sehen. Jugendpolitik sei aber nicht nach wirtschaftlichen Kriterien meßbar und müsse vom Grundsatz „agieren statt reagieren“ geprägt sein. Es gebe drei Problembereiche des Lebens Jugendlicher in der Stadt, die sich aus dem Zusammenleben, der Schule bzw. der Ausbildung und der Freizeit zusammensetzen. So sei im Bereich Zusammenleben vor allem eine Beseitigung der latenten Kinder- und Jugendfeindlichkeit notwendig. Zum Problem Schule und Ausbildung sagte Dumser, daß die Entwicklung der

Forts. von Blatt 1331

Forts. auf Blatt 1333



Hauptschule zur Restschule die Forderung nach einer gemeinsamen Schule der 10 bis 14jährigen und einer umfassenden Mittelstufenregelung unterstreiche. Alternativen zu dieser negativen Entwicklung könnten nur eine Wiedereinführung der Aufnahmeprüfung, die nicht erwünscht sei, oder die Einführung der Gesamtschule sein. Das Freizeitverhalten der Jugendlichen sei zunehmend konsumorientiert, was nicht begrüßenswert erscheine. Wien habe sich gerade auf diesem Sektor besonders viel einfallen lassen und der Notwendigkeit geeigneter Begegnungszentren für junge Menschen mit einem flächendeckenden Netz an Jugendzentren entsprochen. So hätten die vielen Jugendzentren der Stadt Wien verschiedenartigste Zielsetzungen und Aufgabenstellungen, vor allem aber eine Drehscheibenfunktion im sozialen Gefüge der Stadt. Jugendzentren setzen heute, sagte Dumser, sozial-, kultur- und bildungspolitische Akzente, agieren themenzentriert entsprechend der Bevölkerungsstruktur und bieten, neben Animation, Betreuung und Unterstützung für Jugendliche und Jugendgruppen, auch die Möglichkeit, eine Brücke zwischen den Jugendlichen und den Einrichtungen der Stadt zu schlagen.

Gemeinderat Dkfm. Karl KÖNIG (ÖVP), seit kurzem im Vorstand der Volkshochschule Margareten, kritisierte, beim Kursprogramm seien die Forderungen nach Demokratie und Überparteilichkeit oftmals nicht erfüllt. Er verwies auf Veranstaltungen über Karl Marx, Anarchismus und die Gestaltung einer „alternativen Buchwoche“. Die ÖVP fordere endlich ein Mitspracherecht im Präsidium, das bisher von der SPÖ abgelehnt worden sei. SPÖ-Veranstaltungen, so König, seien in der Volkshochschule fehl am Platz.

GR. Hilde SCHILLING (ÖVP) forderte verschiedene Verbesserungen im Sozialbereich. So sei etwa das Anspruchsalter für die Blindenhilfe von 15 auf 6 Jahre herunterzusetzen, und generell die Mobilitätsmöglichkeit für Behinderte zu verbessern. Dazu seien auch die Ausstattung der U-Bahn mit weiteren Aufzügen und die Adaptierung älterer öffentlicher Gebäude für Behinderte zu zählen. Unbürokratischer Hilfe bedürfen auch die Nichtseßhaften, denen das Jahr der Obdachlosen 1987 gewidmet sei. Hier müßte verstärkt versucht werden, Arbeitsplätze zu schaffen und die Resozialisierung der betroffenen Personen voranzutreiben. Zur Lösung des Wohnproblems der Obdachlosen forderte Schilling in einem ANTRAG ein geeignetes Wohnprogramm mit Übergangswohnungen und menschenwürdigen Herbergen. Insgesamt — so Schilling — wären die vorhandenen Mittel im Sozialbereich sicherlich durch bessere Organisation und effizienteres Vorgehen im Einzelfall besser einzusetzen. In diesem Sinn forderte sie den Einsatz der Datenverarbeitung im Sozialbereich und untermauerte diese Forderung mit einem ANTRAG.

GR. KÖNIG (SPÖ) stellte fest, daß die Sozial-, Familien- und Behindertenpolitik neben gut ausgebildeten Mitarbeitern auch den engagierten Mitbürger braucht. Dieser Weg der öffentlichen Hilfe, gepaart mit privatem Engagement, habe etwa 1986 dazu geführt, daß weniger Kinder als je zuvor — nämlich 729 — in Heimen und viel mehr in privaten Pflegefamilien untergebracht werden konnten. Der Wiener Weg der Jugendwohlfahrt, ihr Modell der Schulung und Beratung, sei international vorbildlich, sagte König. König sprach sich daher gegen eine Privatisierung von Risiken, gegen ein Kürzen von Förderungen und Leistungen und für den Rechtsanspruch auf eine bestmögliche öffentliche Hilfe für sozial Schwache aus. Um bestgeschultes Betreuungspersonal für Behinderte zu bekommen, wird im Herbst ein Ausbildungslehrgang für Fachkräfte seine Tätigkeit aufnehmen. Das Ziel dieser Maßnahme ist eine bessere Integration der Behinderten, die Verbesserung ihrer Chancen und die Ermöglichung eines eigenverantwortlichen Lebens der Behinderten. Beihilfen allein seien zu wenig, eine entsprechende Organisation, Schulung, Beratung und Rehabilitation muß eine wirkliche Hilfe für die sozial Schwachen gewährleisten.

Forts. von Blatt 1332

Forts. auf Blatt 1334



GR. Dr. PETRIK (ÖVP) setzte sich mit der schwierigen Situation der Hauptschule in Wien auseinander. In manchen Bezirken besuchen 80 Prozent der Schüler eines Jahrganges die AHS-Unterstufe. Diese besorgniserregende Situation könne nicht einfach mit der Gesamtschule gelöst werden. Es liege auf der Hand, daß die Begabungen nicht so einseitig gestreut sind, daß beispielsweise im Gegensatz dazu in kleineren Orten 100 Prozent der Schüler eines Jahrganges die Hauptschule besuchen. Aus diesem Grund forderte Petrik, daß die Mitsprache der Länder ausgeweitet werde, weil nur dadurch auf regionale Bedürfnisse Rücksicht genommen werden könne. Wien brauche eine eigene Großstadtpolitik, die auf die Gegebenheiten Rücksicht nimmt, erklärte der Redner. Dies bedeute mehr Freiheit für die Länder, für die Schulen und auch für die einzelnen Lehrer.

Weiters forderte Petrik, daß schon bei der Lehrerausbildung auf die Anforderungen der Wirtschaft Rücksicht genommen werde, und daß es Aufgabe der pädagogischen Institute sein müsse, bestehende Wissensdefizite der Lehrer auszugleichen.

Abschließend erklärte Petrik, daß es sehr bedauerlich sei, daß im kommenden Schuljahr bei der Gemeinde Wien keine Uhrmacherlehrlinge im ersten Lehrjahr ausgebildet werden. Der dafür angegebene Grund, es hätten sich dafür zu wenig junge Menschen interessiert, könne nur ein Scheingrund sein.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK dankte dem Redner für die sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Bildungspolitik, die in der Vergangenheit aus ideologischen Gründen oft nicht möglich war. Er sehe darin die beste Voraussetzung für eine intensive, fruchtbare Auseinandersetzung mit dieser Thematik. „Wir werden noch viel über die Schule reden müssen“, betonte Zilk.

Die Vergabe von Lehrerposten, kündigte StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) in ihrem Schlußwort an, werde nach der Prüfung des Fragebogens durch die zuständigen Fachausschüsse nun ab Herbst 1987 nach den neuen Objektivierungsmodellen gehandhabt. Zum Thema Raucherzimmer erklärte Smejkal, daß ein Verbot allein zu nichts führen könne, hingegen müsse das Thema für Jugendliche verständlich aufbereitet werden und über die Schädlichkeit des Rauchens grundsätzlich informiert werden. Im Wiener Pflichtschulbereich gebe es außer in den Berufsschulen keine Raucherzimmer, für den AHS-Bereich laufe derzeit eine diese Problematik betreffende Umfrage. Die Berufsschule für Uhrmacher werde im Schuljahr 1986/1987 aufgrund eines Mangels an Bewerbern keine erste Klasse führen; dies sei bereits einmal der Fall gewesen. Smejkal wies auf die schlechten Zukunftschancen dieser Berufssparte hin und führte aus, daß neun Lehrlinge, die 1986 ihre Ausbildung abgeschlossen haben, derzeit noch keinen Arbeitsplatz gefunden haben.

Sie verzeichne es als einen Pluspunkt in der Entwicklung der Debatte um die Wiener Jugendzentren, merkte Smejkal an, daß die ÖVP-Kritik an dieser Einrichtung geringer geworden sei. Die Notwendigkeit der Jugendzentren sei sicherlich unumstritten. Inhaltliche und personelle Umstellungen seien aber weiter zu diskutieren. Dies gehe auch in die Richtung der „Arbeit für das Gemeinwesen“, die die Jugendzentren nicht ausschließlich für Jugendliche zu leisten haben. Es sei aber nicht das Ziel einer Weiterentwicklung der Jugendzentren, daraus soziale Zentren zu machen. Zur Kritik von GR. PROCHASKA (ÖVP) an einseitigen Subventionsvergaben sagte Smejkal, man habe 1986 mit erheblichem Finanzaufwand für viele Bereiche und zahlreiche Jugendorganisationen Erhebliches geleistet. Die Summe zur Sanierung des Vereins für soziale Bildungsarbeit sei nicht vergeblich angelegt, unterstrich Smejkal ihren Standpunkt.

Forts. von Blatt 1333

Forts. auf Blatt 1335



Geld könne nur eine Soforthilfe für Nichtseßhafte sein, besonders wichtig sei aber die Langzeitbetreuung durch Sozialarbeiter. Gerade hier müsse aber, betonte Smejkal, möglichst früh Hilfe angeboten werden. Besonders bei Jugendlichen beginne dies schon während beziehungsweise vor dem Strafvollzug, das Gleiche gelte für das Arbeitsplatz- und Wohnungsproblem bei Obdachlosen. Man werde, sagte Smejkal, noch intensivere Bemühungen setzen müssen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Problematik der Bevölkerung ins Bewußtsein zu rufen. Smejkal machte in diesem Zusammenhang auf die Tatsache aufmerksam, daß die Hälfte aller in Wien gemeldeten Obdachlosen aus den Bundesländern komme. Zum Abschluß sprach Smejkal den Mitarbeitern der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie und Soziales den Dank für die 1986 erfolgreich geleistete Arbeit aus.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 20.55 Uhr unterbrochen und wird Dienstag mit der Debatte über die Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung fortgesetzt. (Schluß)

## Wiener Landtag

### Verfassungsänderung

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Gemeinderatssitzung trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz von 2. Landtagspräsident HAHN (ÖVP) zu einer Sitzung zusammen.

StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Novelle zur Wiener Stadtverfassung, die u.a. eine Aufstockung der Zahl der Bezirksräte, Regelungen zur Mitwirkung der Bezirksbevölkerung und solche über die Abhaltung von Bürgerversammlungen vorsieht. Die Aufstockung der Zahl der Bezirksräte begründete Seidl mit der Fülle neuer Aufgaben, die durch die Dezentralisierung den Bezirken erwachse. Die Zahl der Bezirksräte richtet sich nicht nach der Zahl der Wahlberechtigten, sondern der gesamten Wohnbevölkerung.

LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) meinte, die Aufstockung der Bezirksräte würde nicht die gewünschte Entlastung bringen, weil eine Vielzahl zusätzlicher Sitzungen in neuen Gremien zu besetzen ist. Wichtiger wäre es, wenn die Sitzungen, an denen die — meist berufstätigen — Bezirksräte teilzunehmen haben, außerhalb der Arbeitszeit stattfänden. Die Orientierung an der Wohnbevölkerung sei innerhalb der österreichischen Rechtsordnung systemfremd, und man hätte diese Frage vielleicht mit den anderen Bundesländern diskutieren müssen. Über die Novelle zur Stadtverfassung verlangte Hirschall eine nach Punkten getrennte Abstimmung und erklärte, seine Fraktion werde der Aufstockung der Zahl der Bezirksräte nicht zustimmen. In einem ANTRAG forderte Hirschall, der zuständige Stadtrat solle vom Landtag beauftragt werden, eine Novelle zur Wiener Gemeindewahlordnung zu erstellen und diese zeitgerecht vor der nächsten Wahl zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Novelle solle das Verhältniswahlrecht mit Elementen eines Persönlichkeitswahlrechtes verbinden.

LABg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) stellte in Zweifel, ob der SPÖ wirklich um eine gravierende Änderung der Stadtverfassung zu tun sei. Die Wiener Verfassung sei auf die Mehrheit der SPÖ zugeschnitten und diene der Herrschaft der SPÖ. Nun ginge es der SPÖ nur um die Aufstockung der Zahl der Bezirksräte, jedoch nicht um mehr Bürgerrechte in den Bezirken und um die Dezentralisierung an sich. Abgesehen von gewissen Ansätzen bringe die Novelle nichts Neues: Volksbefragung, Abstimmungen in den

Forts. von Blatt 1334

Forts. auf Blatt 1336



Bezirken, Bürgerbüros und andere Vorschläge der ÖVP wurden abgelehnt. Die SPÖ stelle eben nach wie vor die repräsentative Komponente der Demokratie in den Vordergrund, einen Parteiloyalismus, der angesichts der Hinwendung der Bevölkerung zur direkten Demokratie und zur Mitverantwortung des Bürgers überholt sei. Die ÖVP werde sich jedoch weiterhin für diese Werte einsetzen.

LAbg. Mag. ZIMA (SPÖ) drückte seine Enttäuschung über das Verhalten der ÖVP in der Frage der Dezentralisierung der Wiener Stadtverwaltung aus. Zima begründete den Initiativantrag der SPÖ und sprach sich für eine Fortsetzung der Verfassungsgespräche über die Bürger-, Kontroll- und Minderheitsrechte aus. Die im Initiativantrag vorgesehene Aufstockung der Zahl der Bezirksräte sei erforderlich, weil zum notwendigen Geld auch die personellen Ressourcen hinzukommen müssen. Durch die anfallende Mehrarbeit in den Bezirksvertretungen ist eine Aufstockung unbedingt notwendig, wenn der Gefahr eines Mißlingens der Dezentralisierung wirksam vorgebeugt werden soll. Darüber hinaus sieht der Initiativantrag mehr Bürgermitbestimmung durch verpflichtende Bürgerversammlungen sowie die verpflichtende Abhaltung von Sprechstunden vor. Obwohl beide Oppositionsparteien bereits Verständnis für die Dezentralisierung als politische Maßnahme ersten Ranges gezeigt haben, drücken die Aussagen der ÖVP in letzter Zeit eine gewisse Abwertung demokratischer Einrichtungen und Parteien aus, sagte Zima. Viele Fragen und Diskrepanzen läßt die ÖVP unbeantwortet, frei nach dem Motto „Alles oder Nichts“, sodaß ein Konsens zwar wünschenswert aber schwer vorstellbar ist.

**ABSTIMMUNG:** Die Gesetzesvorlage wurde in 1. und 2. Lesung mit Mehrheit beschlossen. Der Antrag der FPÖ zur Novellierung der Wiener Gemeindewahlordnung wurde einstimmig zugewiesen.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 21.55 Uhr. (Schluß)

Forts. von Blatt 1335